



Bundes- tags- brief

Nr.72 • Die Woche im Bundestag • 26.03.2010



DEUTSCHER BUNDESTAG
**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Sitzung des Europäischen Rats – Wichtige Weichenstellungen für die Zukunft

Am vergangenen Donnerstag hat die Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung zum bevorstehenden Europäischen Rat in Brüssel abgegeben.

Schwerpunkte des Rates werden die neue europäische Strategie für Wachstum und Beschäftigung (Europa 2020, Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum) sowie Maßnahmen im Anschluss an die Klimakonferenz von Kopenhagen sein.

Der Europäische Rat soll sich dabei auf einen allgemeinen Rahmen der neuen Strategie der Union für Wachstum und Beschäftigung einigen, die die bisherige Lissabon Strategie ablöst.

Gleichzeitig sollen die Strukturen zur Steuerung der Strategie festgelegt werden. Desweiteren wird eine Einigung auf eine begrenzte Anzahl von EU-Zielen angestrebt, die später in differenzierte nationale Zielvorgaben übertragen werden sollen.

Der Europäische Rat wird zusätzlich eine Bilanz der bisherigen Bemühungen der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten zur Bewältigung der Wirtschaftskrise ziehen.

Dabei werden die Themen Finanzaufsicht und Finanzmarktregulierung besonders berücksichtigt. Im Übrigen dient die Ratstagung auch der Vorbereitung auf den im Juni in Kanada bevorstehenden G20 Gipfel.

In Sachen Klimaschutz wird der Rat die Lage nach der Klimakonferenz in Kopenhagen sowohl bezüglich des Verhandlungsprozesses als auch hinsichtlich der Beziehungen der Union zu Drittstaaten evaluieren.

Durchbruch bei der Jobcenter- Neuorganisation – Gute Entscheidung für Arbeitsuchende

Nach langen Verhandlungen haben wir am vergangenen Wochenende den entscheidenden Durchbruch bei der Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II erreicht:

Die interfraktionelle Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat ein Ergebnis erarbeitet, das die bisherige erfolgreiche Arbeitsvermittlung aus einer Hand in eine verfassungsgemäße Form überführt. Damit setzen wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts um, das die bisherige Regelung als mit dem Grundgesetz unvereinbar verworfen hatte.

Im Regelfall wirken Bund und Länder in einer gemeinsamen Einrichtung, den Jobcentern, zusammen. Entsprechend der bisherigen Haltung unserer Fraktion und entgegen dem ursprünglichen Wunsch der SPD ist für diese gemeinsamen Einrichtungen nunmehr keine Verkörperung vorgesehen. Die Zuständigkeiten der Geschäftsführung und der Trägerversammlung sind klar geregelt. Komplizierte Abstimmungsprozesse werden mit der Neuordnung künftig vermieden.

Auch für die Optionskommunen haben wir eine Einigung erzielt. Für ihren Erhalt hatte die Union sich immer stark gemacht. Jetzt werden die 69 bestehenden Optionskommunen entfristet. Zusätzlich können weitere 41 Gemeinden oder Gemeindeverbände die Zulassung für die Option erhalten.

Die notwendige GG-Änderung beschränkt sich in einem neuen Artikel 91 e GG auf die wesentlichen Aussagen zur verfassungsmäßigen Absi-

cherung der Mischverwaltung in gemeinsamen Einrichtungen und der Möglichkeit der eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung im Ausnahmefall der Option.

Insgesamt können wir bei diesem Ergebnis feststellen: Unser Widerstand in der letzten Legislaturperiode gegen die zentralistischen Vorstellungen der SPD hat sich gelohnt.

Jahresabrüstungsbericht 2009 vorgestellt

Der Bericht zieht traditionell Bilanz über die Entwicklungen in der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik des vergangenen Jahres. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen „Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen“ wurde die Bundesregierung aufgefordert, weiterhin mit großem Engagement für allgemeine und weltweite Abrüstung einzutreten und für dieses Ziel eine neue Dynamik bei Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen in Gang zu setzen.

Deutscher Arbeitsmarkt weiterhin stabil:

Trotz der weltweit schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg ist in Deutschland kein signifikanter Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Wie keinem anderen Industrieland ist es der Bundesrepublik gelungen, ein Durchschlagen der Krise auf den Arbeitsmarkt zu vermeiden. Diese Entwicklung setzt sich fort: Auch für das laufende Jahr rechnen die Experten nur mit einem moderaten Anstieg der Erwerbslosenzahlen um 120.000 auf etwa 3,5 Millionen im Jahresmittel.

Für 2011 wird von einem Ende des Beschäftigungsabbaus ausgegangen. Allerdings dürfte bei geringem Wirtschaftswachstum auch der Abbau der Arbeitslosigkeit nicht merklich vorankommen.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Exportrückgang schwächt sich ab

Der starke Einbruch der deutschen Ausfuhren hat sich im letzten Quartal 2009 deutlich abgeschwächt. Während für das Gesamtjahr ein

Rückgang von 17,9 Prozent (auf 808 Milliarden Euro) verzeichnet wurde, fiel der Rückgang im vierten Quartal mit nur 6,4 Prozent deutlich geringer aus. Noch deutlicher wird dieser Trend bei Betrachtung der preisbereinigten Zahlen: Demnach sind die deutschen Ausfuhren über das Gesamtjahr 2009 gerechnet um 16,4 Prozent, im letzten Quartal lediglich um 2,7 Prozent gesunken.

Der trotzdem zu verzeichnende Rückgang des Exports im vierten Quartal ist vor allem bei den Ausfuhren in die EU-Mitgliedsstaaten zu verzeichnen (-7,7% auf 132,1 Milliarden Euro), während die Exporte in Nicht-EU-Staaten nur um 4,3% auf 84,6 Milliarden Euro sanken. Wie im Vorjahr waren Frankreich, Italien und die Niederlande die drei wichtigsten Handelspartner innerhalb der EU. Der größte Rückgang entfiel dabei auf die Exporte in die Niederlande (-14,0%).

Die wichtigsten Handelspartner außerhalb der EU waren die Vereinigten Staaten, wohin allerdings im Vergleich zum Vorjahresquartal 13,8% weniger exportiert wurde (auf 14,6 Milliarden Euro). Die Exporte nach China, dem zweitgrößten Handelspartner aus den Drittstaaten, stiegen um 20,1% auf 10,4 Milliarden Euro.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Schulbücher vermitteln einseitiges Bild von wirtschaftlichen Themen

Ökonomische Bildung wird in unseren Schulen nur unzureichend und teilweise einseitig vermittelt. Das ergab eine Untersuchung von 43 Schulbüchern der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Ausgewählt wurden gesellschaftswissenschaftliche Fächer wie Erdkunde, Geschichte und Politik. Einige Schlüsselbegriffe tauchen gar nicht auf, andere wie „Soziale Marktwirtschaft“, „Markt“ oder „Wettbewerb“ werden nur gestreift, aber nicht umfassend erklärt und vermittelt.

Auch die Bedeutung von Unternehmern für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum bleibt unterbelichtet. Zudem werden dominierende Themen wie Globalisierung oder Strukturwandel oft ausschließlich negativ dargestellt.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)